Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

100 (29.4.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 100 — Freitag, den 29. April 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Reichskanzler Dr. Brüning wird Genf am Freitag verlassen und am Samstag in Berlin eintreffen.

•

Ein nationalsozialistischer Antrag im thüringischen Landtag auf Landtagsauflösung wurde abgelehnt.

•

In der Sitzung des neugewählten saarländischen Landesrates wurde der bisherige Präsident Scheuer-St. Ingbert wiedergewählt.

•

Im Marineausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die allgemeine Aussprache über die Offensivwaffen mit einer Rede des früheren französischen Marineministers Dumont abgeschlossen.

•

Auf dem polnischen Grenzbahnhof Bentschen wurde heute nacht eine Kiste mit Goldbarren im Werte von 120 000 Zloty gestohlen.

•

Auf dem Flugplatz Long Island wurde ein Schuppen mit 10 Flugzeugen zerstört; der deutsche Kriegsflieger Carl Schneider wurde verletzt.

•

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Streitfall ist für Samstag einberufen worden.

•

In einer im Namen Tardieus gehaltenen Rede vor der Handelskammer in Belfort heißt es, daß die juristische und moralische Unbeständigkeit, hervorgerufen durch die sogenannte Revisionspolitik, sich im beunruhigenden Maße verstärkt habe.

Notverordnung über Arbeitsbeschaffung

Abschließende Kabinettsberatungen nächste Woche

Reichskanzler Dr. Brüning wird nach seiner Rückkehr viel Arbeit vorfinden und dazu gehört auch die Erledigung der schon seit einiger Zeit geplanten neuen Notverordnung, die sich in zwei Teile gliedert. Erstens sind in ihr die Maßnahmen zum **Ausgleich des Fehlbetrags bei der Arbeitslosenfürsorge** und der **Invalidenversicherung** enthalten, und zweitens befaßt sie sich mit der **Arbeitsbeschaffung** zur Linderung der Erwerbslosennot. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß das Reichskabinett nach der Rückkehr Brünings in der nächsten Woche in die entscheidenden Beratungen eintreten kann. Ueber den Inhalt der beiden Teile der kommenden Notverordnung erfahren wir: Durch die maßlose Wirtschaftskrise und riesige Arbeitslosigkeit während des Winters beträgt der **Fehlbetrag bei der Arbeitslosenfürsorge rund 600 Millionen** und der **Fehlbetrag bei der Invalidenversicherung 250 bis 300 Millionen RM.** Die neue Notverordnung will nun baldmöglichst diese Unterbilanz beseitigen, und zwar in erster Linie durch eine gewisse **Anpassung der Unterstützungssätze an die Wohlfahrtsunterstützung,** je nach dem Teuerungsindex, der Größe der Städte usw. Da damit der Fehlbetrag noch nicht beseitigt werden kann, wird voraussichtlich noch zu anderen Quellen gegriffen werden, um Deckung zu finden. Hierbei wird aber nach Ansicht aller informierten Krise auch weiterhin nicht an neue Steuern gedacht. Zu einer durchgreifenden Reform der ganzen Sozialversicherung, die einen konstruktiven Umbau bedeuten würde, scheint man sich, nachdem schon so lange gezögert worden ist, auch diesmal aus politischen Gründen nicht entschließen zu können.

Der zweite, auf die Arbeitsbeschaffung gerichtete Teil der Notverordnung hat zum Ziele, **über die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes hinaus rund 400 000 Arbeiter mehr Beschäftigung finden zu lassen.** Einschließlich der Familie würden davon schätzungsweise eine Million Menschen berührt werden. Im einzelnen ist besonders an die Förderung der **ländlichen Siedlung** und der **städtischen Randsiedlung gedacht.** Voraussichtlich will man zur Randsiedlung solche Personen heranziehen, die ohnehin Anspruch auf Rentenversorgung besitzen, und bei der ländlichen Siedlung sollen die Kosten für eine Stelle auf 6000 RM. gedrückt werden. Dabei ist an die billigste Beschaffung des Materials aus den staatlichen Forsten usw. usw. gedacht. Der zweite Teil der Notverordnung wird auch einen **starken Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes** bringen, und schließlich soll auch der gewerbliche Mittelstand gefördert werden, zumal durch **verstärkte Hausreparaturen.** Ueber die Finanzierung wird das letzte Wort noch zu sprechen sein; es ist noch nicht entschieden, ob man sich einer Auslosungsanleihe bedienen will.

Zu dem Verordnungsentwurf über die **40-Stunden-Woche** wird bekannt, daß alle Gruppen, für die die 40-Stunden-Woche angeordnet werden soll (Gruppe 2), auch in der Gruppe 1, die dem Genehmigungszwang für eine Ueberschreitung der 48-Stunden-Woche unterliegen, enthalten sind. Dadurch will das Reichsarbeitsministerium offenbar erreichen, daß bei den Industriezweigen, die künftig der 40-Stunden-Woche unterworfen sind, die Ueberstundenmöglichkeit beschränkt wird.

Die Lage auf der Abrüstungskonferenz

Eine englische Stellungnahme

Genf, 28. April. In maßgebenden Kreisen hat man zu der Lage auf der Abrüstungskonferenz und den Genfer Verhandlungen ausführlich Stellung genommen. Es wird erklärt, die unglückliche Erkrankung Tardieus sei tief zu bedauern. Der bisherige schleppende Gang und der starke Zeitverlust auf der Abrüstungskonferenz wird auch in englischen Kreisen sehr bedauert. Man gibt der Auffassung Ausdruck, daß überraschend gute Erfolge erzielt werden könnten, wenn man sich **endlich zu einem praktischen und sachlichen Arbeiten entschließen könnte.** Eben zu diesem Zweck habe England versucht, in der gleichen Weise wie auf der Londoner Flottenkonferenz unter den Delegationsführern politische Richtlinien zusetzen.

Ueber die **Abrüstungskonferenz** im allgemeinen wird erklärt, die in den letzten Tagen geführten Verhandlungen seien sehr aussichtsreich gewesen und würden, wenn sie nicht durch die Erkrankung Tardieus unterbrochen worden wären, der Konferenz einen neuen Impuls gegeben haben. Für England liegt naturgemäß das Hauptinteresse an der Abrüstungskonferenz in der Flottenfrage. Enttäuschung herrscht auch in englischen Kreisen über das Zögern Frankreichs, dem Londoner Dreimächtevertrag beizutreten und ihm durch den sich anschließenden Beitritt Italiens zu einem Fünfmächtevertrag zu machen. Die englische Regierung, so wird bei dieser Gelegenheit festgestellt, unternehme seit der Londoner Konferenz ungefähr jeden Monat den Versuch, dieses Ziel irgendwie zu erreichen. Leider habe sie damit bisher noch keinen Erfolg gehabt. Wenn nicht alle Nationen den guten Willen hätten, abzurüsten, so könne nicht erwartet werden, daß ein Land allein seine Militärkräfte verringert.

Hinsichtlich der Lausanner Konferenz ist man sich auch in englischen Kreisen über die zu überwindenden Schwierigkeiten klar. Man hat aber aus den bisher hier geführten inoffiziellen Besprechungen den Eindruck, **daß die großen Probleme, mit gutem Willen und gesundem Verstand gelöst werden können.** Es handelt sich aber um eine Lösung und nicht um eine Verschiebung dieser Probleme. Ein Aufschub würde keinen Nutzen bringen. Man bekundet in englischen Kreisen die Entschlossenheit, unter Verzicht auf jede Zwischenlösung **eine Regelung von Grund aus vorzunehmen.**

•

Außenpolitische Erklärungen Brünings in Genf

T.U. **Genf,** 28. April. Reichskanzler Brüning empfing Donnerstag abend im Hotel Metropole die internationale Presse, der der Reichskanzler in deutscher Sprache folgende Erklärungen abgab:

Ich habe die Gelegenheit benutzt, nicht nur über die Abrüstungsfrage, sondern auch über eine Reihe anderer die Welt und uns bewegende Fragen eine große Anzahl von Gesprächen mit den Vertretern der übrigen Länder zu führen. Ich verspreche mir von solchen Gesprächen immer außerordentlich viel und auch diese Gespräche haben zweifellos das Eine herbeigeführt, daß das Gelände für eine große Anzahl von Fragen insofern geklärt worden ist, als man die gegenseitige Stellungnahme scharf und deutlich erkennen konnte. Das halte ich für wesentlich, um zu praktischen Lösungen und Erfolgen zu kommen. Ich habe außerordentlich bedauert, daß der französische Ministerpräsident erkrankt ist und ich habe seinem Vertreter heute meine aufrichtigste Anteilnahme ausgesprochen. Aber ich habe seine Erkrankung auch bedauert, weil die in dieser Woche begonnenen Gespräche nicht mehr fortgesetzt werden können. Die deutsche Stellung hat sich nicht geändert. Wir müssen vom deutschen Standpunkt aus an der Gleichberechtigung und an einer tatsächlichen Abrüstung unter allen Umständen festhalten. Darin ist sich das ganze deutsche Volk, wie groß auch immer die parteipolitischen Gegensätze sein mögen, völlig einig. Ich bin auch der Ansicht, daß man über diese deutschen Forderungen durchaus reden kann. Denn es ist ja notwendig, die Lage auf diesem Gebiet ebenso wie in den anderen Fragen der Reparationen und der Hilfsmittel zur Beseitigung und Milderung der Weltkrise ganz klar ins Auge zu fassen. Alle diese Dinge gehören zusammen. Es handelt sich nicht nur um finanz- und wirtschaftstechnische Fragen, sondern es handelt sich auch darum, die psychologische Grundlage zu schaffen, daß die Völker wieder ein stärkeres Vertrauen zu einander fassen, weil nur davon die wirtschaftliche Erholung der Welt nach meiner festen Ueberzeugung abhängig ist.

Ich bin der Ueberzeugung, daß die Tatsachen augenblicklich in der Welt ein ganz außerordentlich schnelles Tempo angenommen haben, und daß die Beratungen zur Lösung der Schwierigkeiten lediglich in ein schnelleres Tempo kommen müssen und sich der Lage anzupassen haben, falls die Lösung nicht zu spät kommen soll. Deutschland weiß — und darin sind sich alle Deutschen einig, daß die Probleme nicht nur von Deutschland gelöst werden können, daß man zu einer internationalen Zusammenarbeit kommen muß und daß besonders in diesen kommenden Wochen und Monaten eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland notwendig ist. Trotz aller nicht zu leugnenden Schwierigkeiten bin ich fest davon überzeugt, daß es möglich sein wird, die Dinge in Europa zu meistern, wenn man den Tatsachen ins Auge sieht und entschlossen ist, vom Boden der Wirklichkeit aus an die Aufgaben einmal so schnell als möglich heranzutreten, um Schluß zu machen mit der Zwischenstufe zwischen Krieg und Frieden, auf der wir stehen. Wir müssen zu einem wirklichen Frieden kommen, der keine Taktik ist u. der zu einem wirklichen Frieden Europas und der ganzen Welt führt.

Man darf nicht vergessen, daß die erregte Stimmung in Deutschland zu einem großen Teil zurückgeht auf die unsagbaren wirtschaftlichen Nöte und Leiden, auf der anderen Seite aber auch auf die Tatsache, daß Deutschland allzuviel Enttäuschungen in den letzten Jahren zugemutet worden sind.

Ich fühle mich in Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volk, wenn ich betone, daß Deutschland ein in jeder Hinsicht friedliebendes Volk ist und daß, wenn man Deutschland Recht und Gerechtigkeit zuteil werden läßt, dann auch in Deutschland eine einmütige Neigung entstehen und Deutschland noch stärker als bisher ein starker Bürge der friedlichen Entwicklung in der Welt sein wird.

Brüning bei Stimson. — Abreise Freitag vormittag.

T.U. **Genf,** 28. April. Reichskanzler Brüning empfing am heutigen Donnerstag vormittag den bekannten ungarischen Staatsmann Grafen Apponyi und den Direktor des Arbeitsamtes, Albert Thomas. Abends nimmt er an einem Essen beim amerikanischen Staatssekretär Stimson teil, bei dem auch der englische Ministerpräsident Macdonald zugegen sein wird.

Die Abreise des Kanzlers aus Genf ist für Freitag vormittag festgesetzt. Mit ihm zusammen werden Staatssekretär von Bülow, Oberregierungsrat Planck und Reichspressechef Zechlin abreisen.

*

Aussprache im Genfer Marineausschuß

Französische Ausfälle gegen Deutschland

Genf, 28. April. Im Marineausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die allgemeine Aussprache über die Offensivwaffen mit einer großen Rede des früheren **französischen Marineministers Dumont** abgeschlossen, der mit Nachdruck betonte, daß das wesentliche nicht die Abschaffung bestimmter Waffen, sondern ihre Reglementierung sei. Die geringste Bedrohung der Zivilbevölkerung stelle das Unterseeboot dar. Wenn im Weltkriege zahlreiche Handelsschiffe der Unterseebootwaffe zum Opfer gefallen seien, so sei dies eben ein Mißbrauch dieser Waffe gewesen. Bei den Linienschiffen und den Kreuzern zeige sich am deutlichsten, daß man den Offensiv- oder Defensivcharakter eines Schiffes nur nach den der modernen technischen Entwicklung entsprechenden Kriterien beurteilen könne. Er fasse den französischen Standpunkt dahin zusammen, daß Frankreich mit England, den Vereinigten Staaten und Italien über die Beibehaltung der Linienschiffe einig sei. Frankreich befürworte, insbesondere auch aus finanziellen Gründen, eine Verlängerung der Lebensdauer und eine Beschränkung der Tonnage. Ebenso wie Italien halte es die Abschaffung der U-Boote nur gleichzeitig mit der Abschaffung der Linienschiffe für möglich.

Die Rede des französischen Delegierten enthielt einige nicht zur Sache gehörige **Ausfälle gegen Deutschland,** auf die der deutsche Delegierte Freiherr von **Rheinbaben** sofort erwiderte. Freiherr von Rheinbaben griff die auch von Dumont erwähnten vier Invasionen, die Frankreich im letzten Jahrhundert zu erleiden gehabt habe, auf, um dazu zu bemerken, daß der Ausschuß keine historischen Probleme zu lösen habe. Ueberdies seien „gewissen Invasionen", insbesondere diejenigen in der napoleonischen Zeit, Angriffe von französischer Seite vorausgegangen, die zu den größten der Geschichte gehörten. Wenn der französische Delegierte es für notwendig gehalten habe, vom Mißbrauch bestimmter Waffen im Weltkriege zu sprechen, so sei darauf zu erwidern, daß im Kriege bei fast allen Armeen Mißbräuche vorgekommen seien. Freiherr von Rheinbaben appellierte schließlich an den französischen Delegierten, derartige Punkte im Interesse einer gedeihlichen Weiterberatung nicht zur Erörterung zu stellen.

•

Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Macdonald

Genf, 28. April. Reichskanzler Dr. Brüning hatte am Donnerstag eine Besprechung mit Macdonald. Abends nahm der Reichskanzler an einem Diner teil, zu dem Stimson eingeladen hat. Infolge der Besprechungen wird der Reichskanzler Genf noch nicht verlassen, sondern erst am Samstag in Berlin eintreffen.

Pariser Freude über die Absage Tardieus

Paris, 28. April. Die Unpäßlichkeit Tardieus, die die geplante Konferenz zwischen Brüning, Macdonald, Tardieu, Stimson und vermutlich auch Grandi unmöglich gemacht hat, wird von den Sonderberichterstattern der Pariser Presse in Genf dazu benutzt, den Plan Macdonalds und Stimsons zu bagatellisieren. Nach Ansicht des Außenpolitikers des **„Petit Parisien"** könne man in Genf innerhalb eines Tages unmöglich zu einem konkreten Ergebnis gelangen, und Frankreich habe am Vorabend seiner Wahlen sich auch nicht für Lösungen entscheiden können, für die es sämtliche Kosten würde tragen müssen.

Der Außenpolitiker des **„Echo de Paris"** ist darüber erfreut, **daß Tardieu infolge seiner Indisposition nicht nach Genf zu kommen brauche,** weil er doch nur in die Isolierung gedrängt worden wäre und man von ihm Konzessionen verlangt hätte, ohne irgend eine Gegenleistung zu bieten. Auf diesen Ton sind sämtliche aus Genf abgestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Leichte Besserung im Befinden Tardieus.

T.U. **Paris**, 28. April. Der Gesundheitszustand Tardieus hat sich leicht gebessert. Das Fieber ist etwas gefallen. Trotzdem haben die Aerzte ihm auch weiterhin strengste Ruhe verordnet und ihm ausdrücklich untersagt, das Zimmer zu verlassen.

*

England erwartet die deutsche Zahlungseinstellung

London, 28. April. Macdonalds Versuch, die Abrüstungskonferenz über den toten Punkt hinwegzubringen, wird in England warm begrüßt. Die informatorischen Unterhaltungen der führenden Staatsmänner über die Reparationsfrage werden gleichfalls stark beachtet. Man weist darauf hin, daß der Berater des englischen Schatzamtes, Sir Frederik Leith-Roß, eine lange Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt hat. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals erwähnt, daß die **britische These nach wie vor auf eine völlige Streichung der Kriegsschulden und Reparationen lautet.** In eingeweihten Kreisen Londons gibt man sich jedoch wenig Illusionen darüber hin, daß diese These von Frankreich angenommen werden könnte.

Unter diesen Umständen ist es wichtig, zu wissen, daß englische Regierungskreise **als letzte Lösungsmöglichkeit für Lausanne eine glatte deutsche Zahlungsverweigerung ins Auge fassen.** die natürlich nicht die Form einer Verweigerung haben dürfte, sondern die Unfähigkeit zur Zahlung weiterer Reparationen nachweisen müßte. Man verhehlt sich hier zwar nicht, daß diese Lösung ungünstigere psychologische Folgen für die Weltwirtschaft haben würde, als eine wirkliche Verständigung, aber man sagt sich, daß auch sie eine Entschlossenheit darstellen würde, da dann kein vernünftiger Mensch mehr mit einer Wiederaufnahme der Zahlungen rechnen könnte.

Drei-Mächte-Schritt in Kowno

Kowno, 28. April. Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens setzten heute dem Außenminister die Auffassung ihrer Regierungen hinsichtlich der Wahlen zum Memel-Landtag auseinander und forderten: 1. die Ernennung und Tätigkeit der Wahlausschüsse müßten gewährleistet werden; 2. das Recht der Abstimmung dürfe nur Personen gewährt werden, die einen festen Wohnsitz im Gebiet von Memel haben; 3. während der Wahlen müßte die Gewähr für Presse und Versammlungsfreiheit bestehen. Der litauische Außenminister erklärte, daß die litauische Regierung mit dieser Auffassung übereinstimme, er habe bereits alle Maßnahmen zur Durchführung dieser Punkte getroffen.

In Berliner politischen Kreisen hat die Erklärung des litauischen Außenministers Erstaunen hervorgerufen, da bisher nicht beobachtet wurde, daß irgend welche Maßnahmen getroffen wurden. Die Wahlausschüsse sind mit großlitauisch eingestellten Leuten besetzt, die Einbürgerung von Litauern im Memelgebiet nimmt täglich zu.

Geheimnisvoller Selbstmord

Am letzten Donnerstag erschoß sich der Engländer Baxter, ehemaliger Kammerdiener des belgischen Finanzmanns Löwenstein, der im Jahre 1928 auf geheimnisvolle Weise aus dem Flugzeug stürzte und dessen Leiche etwas später im Aermelkanal gefunden wurde. Baxter hatte nach dem Tode des Bankiers bei dessen Sohn Stellung genommen. Er hatte den Bankier bei seiner letzten Luftreise begleitet und als erster das Verschwinden seines Herrn bemerkt. Der Selbstmord Baxters — der vielleicht auf den Tod Löwensteins ein neues Licht werfen wird — soll nach einem zurückgelassenen Briefe auf einen Verlust von 500 Franken zurückzuführen sein, die er seinem jetzigen Herrn nicht zurückzahlen könne. Man glaubt jedoch nicht an diesen Grund, der in Anbetracht der ganzen Umstände sehr unwahrscheinlich ist. Die Pariser Polizei ist bemüht, die geheimnisvolle Angelegenheit aufzuklären. Nach einer Meldung unseres Pariser Berichterstatters soll der Kammerdiener Aufzeichnungen hinterlassen haben, wie es zu Löwensteins Sturz aus dem Flugzeug kam. Löwensteins Witwe wird in Paris erwartet.

Die zweite Amtsperiode des Reichspräsidenten

Feierlichkeit nicht im Sinne Hindenburgs.

T.U. **Berlin**, 28. April. Gegenüber den Nachrichten, daß Feierlichkeiten anläßlich der Uebernahme der zweiten Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg geplant seien, verlautet, daß es im Sinne des Reichspräsidenten liegt, diesen Tag ohne besondere Hervorhebung vorübergehen zu lassen, zumal es sich um eine Wiederwahl und nicht um eine Neuwahl gehandelt hat.

Amnestie?

T.U. **Berlin**, 28. April. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, ist der Reichsjustizminister damit beauftragt worden, anläßlich der Uebernahme der zweiten Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg die Möglichkeit einer Amnestie zu überprüfen. Ob sich eine solche Möglichkeit im Sinne eines Reichsgesetzes finden wird, ist allerdings zweifelhaft, es sei denn, daß sich im Reichstag hierfür eine Mehrheit finden wird. Andernfalls ist damit zu rechnen, daß den Länderregierungen empfohlen wird, von sich aus Einzelbegnadigungen vorzunehmen.

Hitler in Berlin

Berlin, 28. April. Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, ist am Donnerstag in der Reichshauptstadt eingetroffen. Die Anwesenheit Hitlers in Berlin dürfte als Auftakt zu den Besprechungen, die in den nächsten Tagen beginnen, zu werten sein. Auch Prälat Kaas der Parteiführer des Zentrums, trifft in diesen Tagen in Berlin ein zur ordentlichen Vorstandssitzung seiner Partei, auch zur Unterstützung des Reichskanzlers, der am Samstag in Berlin erwartet wird, bei der Führung der für Preußen und das Reich gleich wichtigen und bedeutsamen Verhandlungen.

Regierungskoalition der Nationalsozialisten und Bürgerlichen in Anhalt

T.U. **Dessau**, 28. April. Von den anhaltischen Rechtsparteien wurde am Donnerstag abend folgende Mitteilung ausgegeben: „Die am 28. April im Kaiserhof in Dessau zu einer Besprechung zusammengetretenen Vertreter der N.S.D.A.P. und der bürgerlichen Fraktion des neu gewählten Landtages beschlossen in grundsätzlicher Einigkeit über die seitens der Nationalsozialisten vorgeschlagenen Grundsätze, sich zu einer Regierungskoalition zusammenzuschließen. Ziel dieser gemeinsam zu bildenden nationalen Regierung ist nach allseitigem Willen der anwesenden Vertreter die Beseitigung der durch marxistische Mißwirtschaft entstandenen Volksschäden an materiellem und ideellem Gut der anhaltischen Volksgenossen durch eine nationale, soziale und christliche Aufbauarbeit."

„Stahlhelm nicht parteipolitisch sondern staatspolitisch"

Eine Seldte-Rede in Dresden.

T.U. **Dresden**, 28. April. Der erste Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte, hielt am Donnerstag abend im Dresdener Zirkusgebäude eine Rede, in der er den Standpunkt herausstellte, daß der Stahlhelm nicht parteipolitisch, sonder staatspolitisch eingestellt sei. Seldte führte u. a. aus: Wenn der Stahlhelm politisch denkt, dann denkt er staatspolitisch. Unser ureigenstes Thema, das ist das Nationale in jeder Form. Parteipolitik ist uns zu eng. Wir denken über Parteien hinweg an Volk und Volksgemeinschaft. Unser Kampf wird von der hohen Idee und dem Willen getragen, das gesamte deutsche Kulturgut zu retten, zu bewahren und zu erhalten. Das, was wir durchmachen, ist eine Kreise; das, was wir zu tun haben, ist das Erkennen des tiefen Sinnes dieser Krise. Zu dieser Erkenntnis ist nur der starke und nationale Mensch befähigt, der über Parteien hinweg, ja letzten Endes über sich selbst hinaus denken und hinwegschreiten kann.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Handelsklassen und Kennzeichnung von Hühnereiern

Durch die Verordnung über Handelsklassen für Hühnereier und über die Kennzeichnung von Hühnereiern vom 17. März 1932 wird **ab 1. Oktober 1932** die Kennzeichnung der Eier geregelt. Es sind **zwei gesetzliche Handelsklassen für Eier**, und zwar die Gütegruppe G 1 (vollfrische) und G 2 (frische Eier) geschaffen worden. Jede Gütegruppe ist wieder in 5 Gewichtsgruppen untergeteilt, für die folgende Mindestgewichte vorgeschrieben sind: S (Sonderklasse) 65 Gramm und darüber, A (große Eier) 60 bis 65 Gramm, B (mittelgroße Eier) 55—60 Gramm, C (gewöhnliche Eier) 50—55 Gramm, D (kleine Eier) 45—50 Gramm. Für Eier anderer Geflügelarten und Hühnereier unter 45 Gramm, Kühlhauseier, konservierte Eier, Schmutz-, Knick- und Bruteier usw. ist es verboten, sie als Eier gesetzlicher Handelsklassen anzubieten. Die Kennzeichnung erfolgt durch Aufdruck des Wortes „Deutsch" und des Buchstabens, der die Gewichtsgruppe bezeichnet. Beide Zeichen sind in einem Kreis eingeschlossen. Die Kennzeichnung muß, wenn sie in der Zeit vom 15. März bis 31. August vorgenommen wird, in schwarzer, in der übrigen Zeit in roter Farbe erfolgen.

Wenn die Inlandseier in Verpackungen unter der Bezeichnung einer der gesetzlichen Handelsklasse in den Verkehr gebracht werden, müssen sie mit einer Banderole, Großpackungen mit zwei Banderolen versehen werden. Die Banderolen tragen in der Mitte die Abbildung eines stilisierten Reichsadlers, an der linken Seite oben die Aufschrift „deutsche Eier", unten die genaue Anschrift des Absenders, auf der rechten Seite oben die Güte und Gewichtsgruppe, unten die Kontrollnummer und die Angabe des Packtages. Die Grundfarbe der Banderole ist für die Gütegruppe G 1 weiß und für die Gütegruppe G 2 blau. Außerdem ist in jeder Packung obenauf ein Kontrollzettel zu legen, auf dem u. a. auch die Namen der Personen zu vermerken sind, von denen die Eier durchleuchtet und verpackt wurden.

Zum Aufdruck der Kennzeichnung und zur Anbringung der Banderole ist nur berechtigt, wer von dem zuständigen Ueberwachungsausschuß die schriftliche Genehmigung erhalten hat. Der Ueberwachungsausschuß wird bei der Landwirtschaftskammer gebildet. Ihm gehören an je 1 Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Erzeugerverbände des Eierhandels und der Verbraucher.

Die Genehmigung für die Kennzeichnung darf nur erteilt werden Einzelerzeugern mit einem Bestand von mindestens 750 Legehennen, ferner Genossenschaften und anderen Zusammenschlüssen von Erzeugern, sowie Einzelhandelsfirmen und Verbrauchergenossenschaften, die nachweislich im Jahr eine Menge von mindestens 2 Millionen Stück deutscher Eier von Erzeugern erfassen.

Für die Antragsteller sind weiter vorgeschrieben, Einrichtungen zum Einzeldurchleuchten der Eier, zum Sortieren nach Gewicht, zur Feststellung der Luftkammerhöhe usw. Weiter hängt die Erteilung der Genehmigung von der Abgabe einer schriftlichen Verpflichtung über die genaueste Einhaltung der Vorschriften ab.

Die Verordnung bringt aber für niemand, der mit frischen Eiern handeln will, einen Zwang, die Eier nach Handelsklassen zu ordnen oder zu kennzeichnen. Nur wenn die Bezeichnung mit Handelsklasse gebraucht werden soll, muß man sich nach den Vorschriften der Verordnung richten. Dagegen müssen Kühlhauseier und konservierte Eier, sowie Auslandseier in jedem Fall für Verkaufszwecke gezeichnet sein.

Kühlhauseier und konservierte Eier dürfen für Genußzwecke nur in den Verkehr gebracht werden, wenn jedes einzelne Ei mit dem Buchstaben „K" in einem Dreieck bezw. „konserviert" gekennzeichnet ist. Auch die Packungen müssen das eingebrannte Wort „Kühlhauseier" bezw. „konservierte Eier" tragen.

Aus dem Ausland eingeführte Eier müssen, sofern sie für Genußzwecke in den Verkehr kommen, ebenso wie die Packungen eine Kennzeichnung tragen, die den Namen des Ursprungslandes deutlich erkennen läßt. Eine andere Kennzeichnung von Eiern oder Packungen ist vom 1. Oktober 1932 ab verboten. Ausgenommen sind Bruteier.

Kampf um die britischen Zölle

London, 28. April. Die Regierungsvorlage, die dem Schatzamt die Möglichkeit gibt, jede beliebige Warenart von der Freiliste zu streichen, wurde nach heftigem Kampf im Unterhaus angenommen. Ein Zusatzantrag der Labour-Partei, der ein Verbleiben von Weizen, Roggen und Fleisch auf der Freiliste unter allen Umständen sichern sollte, wurde mit 305 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

40. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Weitere Nachrichten aus Ivigtut besagten, daß Ellis Erkundungsflüge, die sie längst der Westküste unternommen hatte, sämtlich ergebnislos verlaufen waren. Dettens Hoffnungen verstärkten sich, er lebte ordentlich wieder auf. Jetzt brauchte er sich nicht mehr krampfhaft um ein Lächeln zu bemühen, jetzt gelang ihm sogar wieder ein Scherzwort.

„Ich suche nunmehr die Südspitze um Cap Farewell herum ab, denn ich bin überzeugt, daß sie irgendwo an der Küste heruntergegangen sein müssen," lautete die neueste Meldung von Elli.

Und ein paar Tage später:

„Auch hier nichts gefunden, mein nächstes Ziel ist Amangsalik."

Detten wurde immer beruhigter, je aussichtsloser die Nachrichten klangen, die von Grönland eintrafen.

Ein Liedchen pfeifend trat er aus seinem Bürozimmer und gedachte nach der Reichlinschen Villa zu schlendern.

Da kam Amberg ihm entgegengestürmt.

„Hallo! Herr Direktor, wohin so eilig?"

„Ein neues Telegramm von Elli Brunke! Eine ganz sensationelle Nachricht! Ich soll sofort zum Chef kommen."

„Was . . . was . . . telegrafiert sie denn?" stotterte Detten erbleichend.

„Ich kenne den genauen Inhalt selbst noch nicht, es muß aber was ganz außergewöhnliches sein. Nichts Gutes! Der Chef ist furchtbar aufgeregt."

Amberg rannte davon. Detten überlegte; er hätte zu gern gewußt, was in dem Telegramm stand, doch wagte er nicht, Amberg zu folgen. Dann tat er es aber doch.

Kurz vor Reichlins Zimmer hörte er schon dessen Stimme. Er schrie und tobte, schlug mit der Faust auf den Tisch und gebärdete sich wie ein Wahnsinniger.

Was konnte denn nur geschehen sein? Detten war nicht wohl zumute.

Amberg trat aus dem Zimmer, sah Detten kommen und rief:

„Ich soll Sie eben holen. Bitte, kommen Sie sogleich zum Chef!"

Der sonst so ruhige und in allen seinen Bewegungen so gemessene Reichlin war nicht wieder zu erkennen. Mit zornig blitzenden Augen und geballten Händen, als ob er jeden Augenblick auf irgendwen losstürzen wollte, lief er umher.

„Herr von Detten," fuhr er diesen an, „Sie haben in Irland die Oberaufsicht gehabt, haben mir nach Ihrer Rückkehr ehrenwörtlich versichert, daß Sie das Flugzeug vor dem Abflug selbst untersucht und alles in Ordnung gefunden hätten . . ."

„Jawohl, das habe ich auch," antwortete Detten unsicher.

„So, wie erklären Sie sich dann diese Nachricht?"

Reichlin hatte ein Telegramm vom Schreibtisch gerissen und hielt es Detten mit einer stoßartigen Bewegung hin.

Dieser, höchst beunruhigt, las:

„Bin nordwärts bis Scoresbysund geflogen. Habe verunglücktes Flugzeug gefunden mit Nachricht, daß alle drei auf Fußwanderung, und daß Hellings Flug infolge Verbrechen mißlungen. Kompaß beschädigt, Tanks angebohrt, Funkbatterien gegen alte ausgetauscht, Sextant und Karten beseitigt."

„Unmöglich!" war alles, was der aschfahl gewordene Detten über die Zunge brachte.

„Diese Angaben können doch nicht aus der Luft gegriffen sein!"

„Nein — nein — nur, ich begreife nicht . . ."

„Dann will ich Ihnen die Erklärung geben: irgend jemand hat Sabotage getrieben! — Die Verantwortung fällt natürlich auch auf Sie! Es kann nicht sein, daß Sie so peinlich genau verfahren sind, wie es Ihre Pflicht gewesen wäre. Ich werde nicht eher ruhen, als bis ich die volle Wahrheit restlos der Welt offenbaren kann. Das bin ich ihr und meinem Ansehen schuldig. Sie selbst, hoffe ich, werden ebenfalls das größte Interesse daran haben."

„Ja, natürlich, Herr Generaldirektor."

Reichlin wollte die Klingeln auf seinem Schreibtisch in Bewegung setzen, um die gesamte Irlandmannschaft herbeirufen zu lassen, da fiel ihm ein, daß schon längst keiner der Arbeiter mehr in der Fabrik war. Er mußte sich bis zum nächsten Morgen gedulden, so schwer es ihm auch wurde.

Nun schwebte das Verhängnis doch über seinem Haupte. Wie ein gehetztes Wild jagte Detten an diesem Abend umher und bemühte sich krampfhaft, eine lückenlose Darstellung zusammen zu bringen, die das Gegenteil der gegen ihn gerichteten Behauptung bewies. Der Umstand, daß die Flieger ja noch immer nicht gefunden waren, und möglicherweise auch nicht wieder auftauchten, war außerordentlich günstig für ihn. Die Hauptankläger fehlten. Also nur Mut und Selbstvertrauen!

Die ganze Nacht über hatte er sich mit seinem Plane beschäftigt, sich auch das kleinste Ereignis auf Irland ins Gedächtnis zurückgerufen, und selbst den winzigsten Umstand, der zu seinen Gunsten verwertbar war, nicht aus den Augen gelassen.

Als er am nächsten Morgen das Bürohaus betrat, hörte er, daß die Untersuchung der Angelegenheit im Chefzimmer bereits vor sich ging. Er überlegte einen Augenblick und beschloß, lieber aus einer Seitenkulisse mit anzuhören, was sich dort zutrug. Zu dem Zweck begab er sich in das neben Reichlins Büro befindliche Konferenzzimmer.

Als er auf leisen Sohlen dort eintrat, vernahm er eine heftig geführte Debatte.

„Herr Generaldirektor, Sie dürfen mir aufs Wort glauben, daß ich als Obmann meine Pflicht aufs genaueste und treueste erfüllt habe. Ich überzeugte mich durch Augenschein davon, daß das Flugzeug auch nicht den geringsten Mangel aufwies. Alles war vorhanden. Der Kompaß funktionierte, der Sextant stand auf seinem Platz, die Tanks zeigten nicht die geringste Beschädigung. Nur für eins kann ich nicht garantieren, ob die Funkbatterien dieselben waren, die in Utingen eingesetzt wurden. Ich betone ausdrücklich, ich übernehme die volle Verantwortung für alle meine Leute."

Ein Hin und Her von Worten, dann ertönte des Obmanns Stimme wieder klar und fest.

„Als letzter hat Herr von Graven-Detten das Flugzeug betreten und besichtigt."

(Fortsetzung folgt.)